

Afghanistan führt uns eindrücklich vor Augen, wie sinnlos es ist, einen Stellvertreterkrieg zu führen und gleichzeitig die Macht, die diesen Stellvertreter unterstützt, nicht zu konfrontieren, selbst wenn man die überragende Weltmacht ist, wie es die Vereinigten Staaten immer noch sind.

Israels Priorität muss es sein, sicherzustellen, dass es nicht in eine Situation gerät, in der es einem Stellvertreter gegenübersteht, der von einer atomar bewaffneten Macht unterstützt wird. Um dies zu erreichen, muss es unverzüglich seine derzeitige Eindämmungspolitik neu bewerten. Es muss eine neue Politik formulieren, die nicht auf der Eindämmung, sondern auf der Neutralisierung von Bedrohungen beruht. Das bedeutet eine Konfrontation mit dem Iran.

So hoch die Kosten einer solchen Politik auch sein mögen, es ist klar, dass die Kosten, die entstehen, wenn eine solche Politik nicht verfolgt wird, sehr wahrscheinlich und leider in nicht allzu ferner Zukunft noch viel höher sein werden. Die Frage, die sich Israels strategische Entscheidungsträger stellen sollten, ist nicht, ob Israel es sich leisten kann, die Kosten für die Beseitigung der Bedrohung zu tragen, sondern ob es sich leisten kann, dies nicht zu tun.

*Jonatban Ariel ist gebürtiger Südafrikaner, der als Geheimdienststoffizier für den ANC tätig war und anschließend mit Nelson Mandela zusammenarbeitete. In Israel war er Nachrichtenredakteur von Makor Rishon, Chefredakteur von Ma'ariv International und Chefredakteur der englischsprachigen Website von Jerusalem Online, Channel 2 News.*

*Der Artikel wurde zuerst vom Begin-Sadat Center for Strategic Studies publiziert. Er erschien am 14. 9. 2021 auf Jewish News Syndicat. Die Redaktion von sans phrase dankt für die Abdruckgenehmigung.*

*Übersetzung von Marlene Gallner und Gerhard Scheit.*

---

Gerhard Scheit

## Carl Schmitt und die freiheitsliebenden Taliban

Die Meinung, dass der Westen sich selbst zerstöre, ist vermutlich so alt wie der Ausdruck ›Westen‹ selber, soweit er eben keinen geographischen Raum oder dessen kulturelle Spezifika meint, sondern ein politisches Subjekt, besser gesagt: das politische Subjekt der Geschichte adressieren möchte. Es gibt diese Meinung jedenfalls, seit die USA sich als Welthegeemon etabliert haben, und das heißt: als Schutzmacht des Weltmarkts – keineswegs der Welt.<sup>1</sup> Unter diesem Gesichtspunkt entpuppt sich der Begriff des Westens als politische Allusion, die immerhin den Vorzug hat, auf einen bestimmten Staat beziehungsweise ein von ihm dominiertes Staatenbündnis anzuspielen und damit auch auf die konkreten geschichtlichen Bedingungen seiner Hegemonie. Der Weltmarkt kann allerdings in der Krise des Kapitals zerbrechen wie in den 1930er Jahren – und von Subjekten ist dann doch insofern zu sprechen, als etwa Individuen in den Formen der US-Demokratie darüber entschieden, ob er mit militärischen Mitteln wiederhergestellt wird und damit letztlich auch, ob jene politischen Formen im eigenen Land überhaupt fortbestehen sollen.

Damals hat einer wie Carl Schmitt Morgenluft geschnuppert und den Untergang der »Welthandelsmacht« USA beschworen. Er wollte in der Politik der USA einen »Beschleuniger wider Willen« erkannt haben, durch sie würde sich nämlich die herbeigesehnte Großraumordnung, um die es Hitlerdeutschland ginge, also der Zerfall des Weltmarkts, nur umso schneller durchsetzen: »Die Interessen eines Weltkapitalismus zwingen zu einer allgegenwärtigen, ›ubiquitären‹, Einmischungs- und Nicht-

1 Wenn Marx den Weltmarkt als »Übergreifen der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat« versteht (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Karl Marx; Friedrich Engels: Werke (MEW) Bd. 42, Berlin 1983, S. 188), dann sind die USA eben nicht zum Souverän dieser ›bürgerlichen Gesellschaft‹ geworden, was gar nicht und niemandem möglich ist; ihre Macht, die sie als Hegemon gewannen, reicht nur hin, dass dieses Übergreifen überhaupt stattfinden kann; nicht einmal, dass es überall stattfinden kann. Siehe hierzu Gerhard Scheit: Der Wahn vom Weltsoverän. Freiburg 2009.

Anerkennungspolitik, die sich anmaßt, zu jeder an irgendeinem Punkt der Erde eintretenden Änderung der Lage von Washington aus das Placet zu erteilen oder zu verweigern.«<sup>2</sup> Ihr Scheitern beweise nur, »daß die Erde immer größer bleiben wird als die Vereinigten Staaten von Amerika und daß sie auch heute noch groß genug ist für mehrere Großräume, in denen freiheitsliebende Menschen ihre geschichtliche, wirtschaftliche und geistige Substanz und Eigenart zu wahren und zu verteidigen wissen«.<sup>3</sup>

Die USA als Schutzmacht des Weltmarkts erwiesen sich in Wahrheit als das genaue Gegenteil eines solchen Beschleunigers wider Willen: Wo sie eingreifen, organisieren sie in der Regel Unterbrechung und Aufschub des Zerfalls. Manchmal für längere Zeit, manchmal nur kurz; aber es liegt – anders als bei den Ambitionen kolonialistischer und imperialistischer Herrschaft – in ihrem Interesse, sich wieder zurückzuziehen, was für die Menschen in einzelnen Ländern wie jetzt in Afghanistan katastrophale Folgen haben kann. Doch geschieht die ganze Unternehmung auch nur zu dem Zweck, Weltmarktbeziehungen – vulgo die ›Menschenrechte‹ oder die ›westlichen Werte‹ – zu schützen oder wenn möglich zu restaurieren und zugleich den eigenen Staat in dieser exponierten Position zu verteidigen. Dass dazu irgendeine Aussicht besteht, heißt: es existieren in diesem »Stand der Unfreiheit« (Adorno) prinzipiell noch Möglichkeiten, zu verhindern, was der kategorische Imperativ nach Auschwitz zu verhindern nötigt.

Da die Verteidigung des Hegemons im Hinblick auf Al Quaida in Afghanistan wenigstens vorläufig erfolgreich war, zogen seine Truppen, wenigstens vorläufig, wieder ab. Und in puncto Weltmarktbeziehungen spielt das Land konkret eine zu geringe Rolle, als dass hier offenbar eine andere Politik geboten schien. Beides kann sich allerdings als Fehleinschätzung erweisen. Es liegt also nahe, die USA als Garanten einer Art ›Restvernunft‹ zu betrachten und dementsprechend enttäuscht zu sein, wenn wie in Afghanistan noch der letzte Rest

preisgegeben wird.<sup>4</sup> Aber die bloße Idealisierung des Hegemons und in deren Folge die moralische Entrüstung über ihn (soweit sie gleichermaßen von den Bedingungen der Hegemonie nichts wissen wollen und nur das notorische Hin und Her zwischen Interventionismus und Isolationismus der US-Politik reproduzieren) verdrängen auch das Existentialurteil, das über jenen Stand der Unfreiheit aufklärt: Unterbrechung beziehungsweise Wiederherstellung der Normalität von Elend und Zwang kapitalistischer Herrschaftsform kann nie etwas anderes sein als wieder nur ein Aufschub eben dessen, was dieser Form potentiell entspringt, wenn sie nicht mehr Form der Verwertung des Werts sein kann – und von den Deutschen (mit ihren Hilfsvölkern) im Großraum der Vernichtungslager schon einmal bis zur letzten Konsequenz praktiziert wurde. Es war diese Beschleunigung der Vernichtung, für die Schmitt plädierte, indem er die »Welthandelsmacht« USA als Beschleuniger wider Willen bezeichnete.

Die Politik, die heute von der Kommunistischen Partei Chinas betrieben wird, erscheint vor diesem historischen Hintergrund eigenartig gespalten: Sie wirkt als *willentlicher* Beschleuniger, was den imperialistischen Versuch betrifft, den Weltmarkt von ›innen‹, von den Verträgen her zu zerstören und den US-Hegemon durch Großraumpolitik beiseitezuschieben;<sup>5</sup> aber als Beschleuniger *wider Willen*, was

4 Da hier ein deutsches Wirtschaftswunder aus vielerlei Gründen nicht zu erwarten war, musste wohl auch das Wunder ausbleiben, dass die Taliban ohne Anwesenheit ausländischer Truppen von der Macht ferngehalten werden können. Zur Afghanistan-Politik siehe auf [mena-watch.com](http://mena-watch.com): US-Militär: »Wir schufen ein imaginäres Militär für eine imaginäre Nation« (20.8.2021); Thomas von der Osten-Sacken: Afghanistan: Dieses Desaster hätte nicht sein müssen (26.8.2021); sowie Jewish News Syndicat, [jns.org](http://jns.org): Jonathan Ariel: The real lesson of the Afghanistan debacle (12.9.2021). Ariel sieht wie Edward Luttwak (Die Welt, 12.9.2021) die Hauptursache für das Scheitern der USA darin, dass die zweideutige Politik Pakistans nicht durchschaut und dieses Regime weiterhin unterstützt wurde. Es ist schwer abzuschätzen, ob die Taliban nun unmittelbar an ihre Herrschaft von vor 20 Jahren anknüpfen können, wenn diese Unterstützung jetzt aufhören und Pakistan stattdessen unter Druck gesetzt werden sollte. Oder ob dank einiger doch möglich gewordener Veränderungen im Inneren sowie konsequenter Sanktionen eine weniger katastrophale Entwicklung eintritt als jene vor 9/11.

5 Die Gewalt des Souveräns, der doch dazu da ist, den Bruch der Verträge zu ahnden, wird sozusagen in die Verträge selbst eingeschmuggelt – als ob das Schicksal Hongkongs zur Vertragsvorlage

2 Carl Schmitt: Beschleuniger wider Willen [1942]. In: Ders.: Staat, Großraum, Nomos. Hrsg. v. Günter Maschke. Berlin 1995, S. 434.

3 Carl Schmitt: Die letzte globale Linie [1943]. In: Ders.: Staat, Großraum, Nomos. Berlin 1995, S. 488.

die Bedrohung Israels anbelangt, wie das Verhältnis zum Islam im Allgemeinen und zum Iran im Besonderen zeigt – wobei hier das Besondere die fast schon erreichten Kapazitäten sind, in dem für den Islam beanspruchten Großraum des Nahen Ostens den Staat der Überlebenden der Vernichtungslager auszulöschen.<sup>6</sup>

Es ist in diesem Zusammenhang mehr als grotesk, dass US-Präsident Biden den Abzug aus Afghanistan, der schon unter Trump eingeleitet worden war<sup>7</sup> und

diente. Es handelt sich um eine neue Form der Schuldknechtschaft in internationalen Beziehungen: Für den Fall, dass ein Kredit nicht zurückgezahlt wird, bedingt sich die Volksrepublik aus, ein bestimmtes Territorium, z. B. einen Hafen, als wäre es ihr Eigentum, nutzen zu können, auch militärisch. (Möglich sind solche Racket-Verträge, die dem Vertragspartner Geheimhaltung bestimmter Klauseln auferlegen, weil eben keine souveräne Gewalt über dem Weltmarkt sich etablieren lässt, die sie verhindern könnte.) In gewisser Weise wird darin der doppelbödige Eigentumsbegriff innerhalb von Festlandchina auf die internationalen Handelsbeziehungen übertragen: Privateigentum an Produktionsmitteln ist hier immer eines auf Abruf, was den ›Eigentümern‹ mit Gewaltandrohung deutlich gemacht wird (derzeit vor allem Chefs der privaten Tech-Firmen); Immobilieneigentum kann man nicht wirklich erwerben, man ›least‹ es sozusagen für 70 Jahre von der Staatspartei; usw. Wie schwierig es ist, die von dieser Partei betriebene Racketisierung des Weltmarkts zu durchschauen, zeigt sich an den Widersprüchen, in die sich hier etwa Gordon G. Chang verwickelt – wobei immerhin das in dieser Politik vorhandene Katastrophopotential deutlich wird. Einerseits zitierte Chang zustimmend den Analytiker Brandon J. Weichert: »Chinese tech firms will have been so enmeshed in the world system, propagating new technology and products, that it will be nearly impossible to decouple, the ultimate objective of Trump-era sanctions against China.« [gatestoneinstitute.org/17073/china-big-tech](https://www.gatestoneinstitute.org/17073/china-big-tech) (17. 2. 2021). Andererseits schreibt Chang neuerdings: »Xi's recent attacks on private business are undoubtedly more than a momentary event, something far more long-lasting than ›crackdown‹ implies. At no time since the early days of the People's Republic has China turned so quickly inward, shutting off the outside world.« [www.gatestoneinstitute.org/17647/china-plan-shut-out-world](https://www.gatestoneinstitute.org/17647/china-plan-shut-out-world) (16. 8. 2021).

6 Wie man diese Lage etwa bei der Fatah einschätzt, hat dessen Zentralkomitee-Mitglied Abbas Zaki laut MEMRI folgendermaßen beschrieben: »China will lead the world and is on our side«. Beijing will accept whatever ›we accept, but knows we want to make Israel swallow the poison one drop at a time«. [www.jns.org/palestinian-official-china-will-lead-the-world-and-is-on-our-side](https://www.jns.org/palestinian-official-china-will-lead-the-world-and-is-on-our-side) (7. 10. 2021)

7 Caroline Click hat allerdings der neuerdings beliebten Gleichsetzung von Bidens und Trumps Afghanistan-Politik widersprochen: »the agreement Trump reached with the Taliban was conditions-based. Since the Taliban breached the conditions, there is little reason to believe that Trump would have implemented the troop pullout. Moreover, Trump intended to evacuate

vermutlich auf die Meinung der Mehrheit der US-amerikanischen Wähler sich berufen konnte,<sup>8</sup> politisch und ökonomisch mit der Herausforderung begründet hat, die heute von China für die USA und die Welt ausgehe,<sup>9</sup> um durch seine desaströse Durchführung den chinesischen Machthabern prompt Gelegenheit zu geben, sich als Nutznießer all dessen zu präsentieren. Soviel reine Propaganda hier von Seiten Chinas auch im Spiel ist und soviel davon auch ohne das konkrete Desaster zu hören gewesen wäre – und nicht zuletzt: so groß die Schwierigkeiten sein werden, auf der ›Neuen Seidenstraße‹ von der wiedererrichteten Talibanherrschaft zu profitieren –, es steht jedenfalls außer Frage, dass die wirtschaftliche und militärische Kooperation mit dem Iran noch enger wird: So ist diesem Holocaustleugner-Regime gerade im Zusammenhang mit dem Vormarsch der benachbarten Taliban bereits die Vollmitgliedschaft in der Shanghaier Cooperation Organisation (SCO) so gut wie zugesagt worden, einer Organisation, die (neben der Asian Infrastructure Investment Bank AIIB) als bisher größter Versuch Chinas und Russ-

civilians – both US citizens and Afghan nationals who worked with the Americans along with their families – before pulling out US military forces. In the last two years of the Trump administration, Trump reduced the number of US forces in Afghanistan from 15,000 to 2,500, without inducing panic or emboldening the Taliban. He quietly evacuated US civilians again without inducing panic or demoralization. Joe Biden's catastrophic judgment, [israelhayom.com/2021/08/20/](https://israelhayom.com/2021/08/20/).

8 Inzwischen dürfte sich hier etwas geändert haben, unter Berufung auf eine neuere Umfrage heißt es im *Commentary Magazine*: »When respondents were asked if ›the U.S. did the right thing by withdrawing all troops from Afghanistan,‹ the pollster found that only 28 percent of voters still supported full withdrawal. A majority (50 percent) said that a residual American troop presence should have remained in Afghanistan. Another 15 percent said the U.S. should not have pulled out any of its forces. Even among self-identified Democrats, only a plurality still backed America's pullout from Afghanistan.« (Noah Rothman: It Turns Out Americans Don't Like to Lose a War. In: *Commentary Magazine*, 7. 10. 2021.)

9 Biden hat den Abzug aus Afghanistan schon unter Obama vorgeschlagen, wobei er bereits die veränderte Politik Chinas als Begründung angeführt haben soll, so behauptet jedenfalls Edward Luttwak (*Die Welt*, 12. 9. 2021). Schon wenige Wochen nach dem Abzug wurden, gegen China gerichtet, der Sicherheitspakt namens AUKUS zwischen USA, Australien und Großbritannien gegründet und die Unterstützung Australiens durch Stationierung von US-Truppen angekündigt.

lands gelten kann, einen Großraum aus dem Weltmarkt herauszubringen.<sup>10</sup>

---

Christian Thalmaier

## Die Farbe der Robe

70 Jahre höchstrichterlicher Rechtsfetischismus

### Rechtspräparate im Event-Cube

Ging einer während der spätsommerlichen Feiern zum siebzigjährigen Bestehen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in Karlsruhe spazieren und gelangte dabei auf den Marktplatz, dann konnte er, wenn er wie im Märchen bislang vergeblich ausgezogen wäre das Fürchten zu lernen, nun endlich doch noch sagen: »Ach, was gruselt mir, was gruselt mir. Ja, nun weiß ich, was Gruseln ist!« Denn unversehens stand er vor einem gläsernen Mehrpersonen-Sarkophag, der auf der Internetpräsenz des BVerfG ohne Scham und ohne erkennbare Ironie als »Event-Cube« zum 70jährigen beworben wurde. Darin schlief nicht Schneewittchen *alias Justitia* einem

10 Siehe dazu ganz allgemein Gerhard Scheit: Zur politischen Ökonomie des Gegenhegemons. In: sans phrase 14/2019, S. 44. Bisher hatte der Iran in der Shanghai Cooperation Organisation nur Beobachterstatus: »Iran To Finally Take Full Membership Of The Shanghai Cooperation Organisation (Aug 12, 2021). Moves come after Tajikistan and Uzbekistan agree to drop objections following regional security concerns in Afghanistan. Iran is finally set to join the Shanghai Cooperation Organisation (SCO) after Tajikistan and Uzbekistan agreed to drop their objections. Iran had originally applied to join in 2006 and 2015, however with the country like landlocked Tajikistan and Uzbekistan also bordering Afghanistan in addition to offering seaport access to the Persian Gulf and Indian Ocean, both nations have opted to welcome Iran as an ally. The secretary of the SCO's Supreme National Security Council stated, »Fortunately, the political obstacles to Iran's membership in the Shanghai agreement have been removed and Iran's membership will be finalized through technical formalities.« (www.silkroadbriefing.com/news/2021/08/12/iran-to-finally-take-full-membership-of-the-shanghai-cooperation-organisation/)

Königssohn mit Prädikatsexamen entgegen, sondern dort waren geschlechtslose Bundesorgane der Rechtspflege wie im Dornröschenwintergarten in unbenannten justiziellen Verrichtungen erstarrt, stumm und lebensgroß, gesichtslos und wie im Stehen aufgebahrt. Offenkundig durften sie sich nicht einfach hinlegen wie manche Autokraten und Schlächter, die in ihren Mausoleen unter Glas in entspannter Rückenlage Jahr für Jahr postmortal Hof zu halten von niemandem gehindert werden. Vielleicht weil sie als Hüter der Verfassung allzu hoch hinauswollten, sind sie zwar immer noch so produktiv blind wie Justitia, dürfen aber anders als diese nun ewiglich kein Recht mehr sprechen, sondern nur noch still und starr ihre Duchesse-Roben vorführen: eher *Haute Couture* aus der Werkstatt der Kostümbildnerin des hessischen Staatstheaters oder aus der Kostümabteilung des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe – das konnte bis heute nicht zweifelsfrei aufgeklärt werden – als *Prêt-à-porter*, wie man aus mehreren kulturwissenschaftlich inspirierten Fernsehdokumentationen zum Jubiläum erfahren konnte. Immerhin blieb den sechzehn Richterinnen und Richtern der Zugriff der inzwischen global operierenden (Madame) *Tussauds Group* erspart und erspart blieb Verfassungsgerichtstouristen die Plastination verstorbener Richter durch Gunther von Hagens, weil mit der Zurschaustellung von »Hirn, Muskel, Nerv, Hand, usw.«<sup>1</sup> wohlpräparierter Organe der Rechtspflege in typischen Posen, etwa dem unverzichtbaren Aufsetzen des Baretts kurz vor der Urteilsverkündung, der fachdidaktische Zweck verfehlt worden wäre. Dieser besteht ersichtlich darin, die Symbolkraft der Richterrobe zum Ausdruck zu bringen, also das verfassungsgeberische Votum für die vermeintlich reine »Herrschaft des Rechts« (so der Titel der zum Jubiläum des BVerfG von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*), und das heißt nichts anderes als: die singular postnazistische und doch schon von Hegel eingeleitete Verdrängung und Verschiebung von Gewalt und Souveränität in die rechtsstaatliche Geborgenheit, staatsbürgerliche Sicherungsverwahrung und scheinbare Imma-

1 Karl Marx: Das Kapital. Band 1. In: Karl Marx; Friedrich Engels: Werke. Berlin-Ost 1956 ff. MEW Bd. 23, S. 58.